

und englischen Steinkohlen. b) Aus Preußen. a) Aus Thüringen und Anhalt. Der Verkehr an Braunkohlen aus diesen Kohlegebieten (einschließlich 969121 t Reichsfeind = 75,20% gegen 928002 t = 76,11% im Vorjahr) betrug 1275460 t, 46807 t oder 3,79% mehr als im Jahre 1906. b) Aus Böhmen sind im ganzen 4693756 t gegen 4166982 t im Jahre 1906 beobachtet worden. Es hat dieser Verkehr um 526824 t oder 12,64% zugenommen. Gesamterverkehr. Die Beförderung von Kohlen aller Art betrug 13816235 t, davon kamen aus Steinkohlen 5198309 t = 37,62% (d. h. 40,02%) und auf Braunkohlen 8617926 t = 62,38 (d. h. 59,98%), in letzterer Summe sind 2377258 t = 27,59 (d. h. 26,86%) deutsche Braunkohlenbeiträge mit eingegriffen. Dem Vorjahr gegenüber ist der Steinkohlenverkehr um 1079467 t = 167617 t = 3,33%, der Braunkohlenverkehr um 1247084 t = 9,92% gestiegen. Stein- und Braunkohlen zusammen wurden beobachtet: 1214145 t im Januar, 1157460 t im Februar, 1188111 t im März, 1076072 t im April, 1027446 t im Mai, 1080595 t im Juni, 1180117 t im Juli, 1180054 t im August, 1148877 t im September, 1206094 t im Oktober, 1196086 t im November und 1231378 t im Dezember. Auf jeden Tag im Jahre 1907 entfiel durchschnittlich eine Transportmenge von 87853 t gegen 34456 t im Vorjahr. Der Tagesdurchschnitt war sonach im Jahre 1907 hinsichtlich der Kohlenförderung überhaupt um 3417 t höher als im Vorjahr.

Deutsches Reich.

Vom Reichstag.

(W. T. B.)

Sitzung vom 22. Januar 1908.

Auß Bundeinstellung: Reichskanzler Fürst v. Bülow, Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg, v. Schön.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation Albrecht und Gen. (Sos.):

1. Aus welchen Gründen hat der Dr. Reichskanzler in der Sitzung des Preußischen Abgeordnetenhauses vom 10. Januar die Übertragung des Reichstagwahlrechts auf einen Bundesstaat als dem Staatsoberhol nicht entsprechend bezeichnet?

2. Billigt der Dr. Reichskanzler, daß aus Anlaß der am 12. Januar in Berlin zur Propaganda dieses Reichstagwahlrechts einberufenen sozialdemokratischen Volksversammlungen, zum Zwecke etwaigen Einreibens Militär in den Käfern konfisziert war?

Präsident Graf Stolberg: Ich habe zunächst an den Vertreter der Verbündeten Regierungen die Frage zu richten, ob und wann derselbe die Interpellation beantworten will.

Reichskanzler Fürst v. Bülow: Ich habe folgendes zu erläutern zu 1. der Interpellation: Ich lehne es ab, auf die Verhandlungen über die Gestaltung des Landtagswahlrechts in Preußen einzugehen (Verbesserter Beifall rechts), da dieser Gegenstand allein zur Zuständigkeit der gegebenen Organe Preußens gehört und eine innere Angelegenheit des preußischen Staates darstellt (wiederholter Verbesserter Beifall rechts; Widerprüfung und Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten); zu 2. der Interpellation: Auf Grund landesrechtlicher Befugnisse sind von der Berliner Polizei am 12. Januar diejenigen Maßregeln ergriffen worden, die erforderlich waren, um Ausschreitungen auf der Straße abzuwehren. Insofern Truppenteile in den Käfern zusammengehalten werden sind, ist dies in Ausübung der militärischen Kommandogewalt geschehen, um jeder Anforderung zum Schutz der gesetzlichen Ordnung ohne Vergang genügen zu können. (Verbesserter Beifall rechts; Widerprüfung bei den Sozialdemokraten.) Ich muß hierauf die Beantwortung der Interpellation ablehnen.

M. H.: Es ist gestern hier vom neuem zu Zusammenstößen zwischen einer demonstrierten Menge und der Polizei gekommen. Dabei mußte wieder von der Waffe Gebrauch gemacht werden. (Großer Lärm bei den Sozialdemokraten; Rufe: Pfui!) Gegenüber diesen Vorfällen habe ich das Bedürfnis, von dieser Stelle aus unabhängig von der vorliegenden Interpellation als Reichskanzler ein Wort ernsthafter Mahnung in das Land hinauszusenden. (Großer, fortwährender Lärm bei den Sozialdemokraten; Beifall rechts.) Es ist nicht deutsche Art (Wiederholter Lärm bei den Sozialdemokraten), die Politik auf die Straße zu tragen. (Rufen bei den Sozialdemokraten; Beifall rechts.) Die Parteien bedürfen nicht der Strafentumultheit, um ihre Stimme vernehmen zu lassen. (Verbesserter Beifall rechts; Widerprüfung bei den Sozialdemokraten.) Die Straße gehört dem freien Verkehr. (Rufen bei den Sozialdemokraten.) Dieses Gesetz und die öffentliche Ordnung als das Höhere anguerufen und zu achten, ist jeder Bürger verpflichtet (Lärm bei den Sozialdemokraten), dem Gesetz Achtung zu verschaffen, und wenn es sein muß, zu erzwingen, ist die Befugnis, so auch die Pflicht der Behörden. (Beifall rechts.) Jeden Versuch die öffentliche Ordnung zu stören, muß und wird zurückgewiesen werden. (Beifall rechts.) Wir werden nicht dulden, daß Agitatoren einen Anspruch auf die Herrschaft über die Straße erheben. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, daß Demonstrationen einer irrgemeiste Masse (verbesserter Widerprüfung bei den Sozialdemokraten), einer pflichtfestsamen Regierung irgend etwas abtropfen könnten. (Verbesserter Beifall rechts.) Das wird in Deutschland nie und nirgends der Fall sein. (Wiederholter Verbesserter Beifall rechts.) Ich habe die Überzeugung, daß alle bürgerlichen Parteien einmütig sein werden in der Verurteilung und Zurückweisung dieses gesellschaftlichen Unzugs. (Rufen bei den Sozialdemokraten; andauernder Lärm.) Die sozialdemokratische Partei hat mit der Demonstration vom 12. Januar eine abschließige Bahn beschritten. Ich warne Sie, diese Bahn weiter zu verfolgen, und ich richte namentlich an die Arbeiterbewegung die ernste und aus wohlmeinendem Herzen kommende Mahnung (großer Lärm bei den Sozialdemokraten und Widerprüfung; Verbesserter Beifall rechts), sich nicht vom Wege des Gesetzes und der Ordnung abdrängen zu lassen und nicht für Partisanen und Heiter die eigene Haut zu Markte zu tragen. Die Verantwortung für die Folgen würde nicht die Regierung, nicht die Behörden tragen, sondern die Agitatoren und Verführer. (Sturmischer Beifall rechts; Widerprüfung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Singer (Sos.) beantragt die Besprechung der Interpellation, woran Reichskanzler Fürst v. Bülow und die sonstigen Regierungsvorsteher den Saal verlassen.

Für den Antrag auf Besprechung stimmen die Sozialdemokraten, die Freiheitlichen und ein Teil des Zentrums. Die Besprechung findet daher statt.

Abg. Bölicher-Berlin (Sos.) beginnt in sehr erregter Weise unter fortwährendem Lärm des Hauses zu sprechen, so daß die ersten Sätze vollständig verloren gehen. Er führt dann aus: Von einer formalen Berechtigung, das Militär in den Käfern zu konfiszieren, sprache die Interpellation mit seinem Worte. Sie fragt nur, ob der Reichskanzler die Konfiszierung billige. Es möge sein, daß bei den getätigten Zusammenstößen nach Ansicht des Reichskanzlers die Polizei die Waffe gebrauchen müsse. Die Sozialdemokraten hätten nicht eine Tatfrage erfaßt, die dieses Vorgehen rechtfertige. Am 25. Januar und 6. Februar seien es gerade Anhänger des Rechten

gewesen, welche die Politik auf die Straße trugen. (Vorwurf, lebhafte Zwischenrufe, Widerprüfung.) Der Kaiser habe bloß den Wunsch gehabt, er wollte mehr Volk sehen, und der Reichskanzler sage selbst im Glashaus, dem er habe unter freiem Himmel in der Nacht eine Versammlung abgehalten, also das Gesetz gebrochen. Über die Mahnung des Reichskanzlers aus wohlmeinendem Herzen mögten die Arbeiter lachen. Das sei Heuchelei, auf diesen Beamten tröpfchen die Arbeiter nicht.

Präsident Graf Stolberg ruft den Redner wegen des Ausdrucks „Heucheler“ zur Ordnung.

Abg. Bölicher (Sos.) weiß sodann darauf hin, daß von den verschiedenen Seiten, so auch von Bismarck und Bismarck daran gedacht worden sei, daß Reichstagwahlrecht zu ändern; freilich ein herkömmliches Gedanken geht dahin, jetzt einen ähnlichen Streich zur Änderung des Wahlrechts zu wagen. Dass die Nationalliberalen keine Freunde des allgemeinen Wahlrechts seien, wisse man, sie würden sich aber mit einem Staatsrecht beschäftigen, als mit dem gleichen Wahlrecht für die Arbeiter, wie in den Versammlungen der nationalen Jugendvereine ausgeführt worden sei. Den preußischen Landtage sei eine Wahlvertretung, die nach Bismarcks Worten dem eisernen und widerminnenden Wahlrecht ihre Existenz verdanke, und dieses Wahlrecht entspreche also nach dem Hülfswerk Bismarcks Worten dem preußischen Staatswohl. Der Redner verbittet sich dann von der Rechten den Vorwurf des Terrorismus und stellt das Urteil des künftigen Königs von Bayern, des Prinzen Ludwig, über das Wahlrecht den Ansichten des modernen Reichskanzlers Bismarcks Hülfwerk gegenüber. Um schwachsinnig habe sich der Freiheit im Abgeordnetenhause gezeigt. Wenn das Zentrum überzeugt sei, daß auch im preußischen Landtag das Reichstagwahlrecht eingeführt werden müsse, dann hätte es auch die Pflicht, öffentlich dafür zu agitieren. Es handele sich nicht um eine Parteidemonstration, sondern um das Interesse der ganzen arbeitenden Klasse. Es bleibe dem Arbeiter weiter nichts übrig, als zu demonstrieren. Die Straße gehöre allen, auch den Arbeitern. Wo aber sei die Ruhe und Ordnung am 10. Januar gehörten worden? Hätten die Berliner Arbeiter weniger Rechte als die nationalen Handlungsbefreiungen, die im Vorjahr patriotische Kundgebungen vor dem Kaiser organisierten? Dem Königlichen Danke für das ruhige Verhalten der Schuhmannschaft schließe sich die Partei an, nicht aber für das energische Vorgehen. Die Mehrheit des Landtages habe es in der Hand, die Demonstrationen zu befehligen, möchte sie nur das gleiche Wahlrecht schaffen. Der Reichskanzler bezeichnete das deutsche Volk als das intelligenterste, was wohl verweigerte er ihm denn diese Forderung? (Beifall bei den Sozialdemokraten, Rufen bei den Mehrheit.)

Abg. Kreth (Kom.) erklärt, die Interpellation sei weiter nichts als eine Umrüstung für die ja erbärmlich ins Wasser gesunkenen Demonstrationen. So ruhig und impakt sei die Demonstration nicht gewesen. Die „Bolschewie“ sei sehr umfänglich von der Sozialdemokratie zum Kochen gebracht worden. Dem antiherrschischen Geheimrat des Abg. Bölicher entwickele er wohl, wenn er sozialdemokratische Versammlungsredner nenne: Genoss Herr Dr. Bölicher, Waldemar Manasse, Rothenfeld, (Heiterkeit.) Der frühere Reichstagabgeordnete Sabot würde sagen: Das läuft tiefschlüssig! (Schall gur!) Ein Zusammenhang mit den Schülern der russischen Revolution sei leicht durch diese Namen zu konstruieren. (Ahu! Bölicher ist doch auch jüdisch! Große Heiterkeit.) Wie sieht es mit der harmlosen Detonation, durch die gestern behaupelt ein Schwunnen im Dienst erschossen worden sei; wo sei gestern die sozialdemokratische Intelligenz gewesen, die sonst immer das große Wort führt? Der Ehrenplatz in der ersten Reihe sei den Unbedeutigen eingeräumt worden. Die Führer handelten nach dem Grundsatz: Körperliche Abwesenheit ist besser als Geistesgegenwart. (Heiterkeit.) Mit Entrüstung kontrastiere er, daß Frauen und Kinder aufgefordert werden seien, mit in die Versammlungen zu kommen, wie sie als Schild gegen die Polizei zu dienen. (Andauernder Lärm bei den Sozialdemokraten. Abg. Kreth droht dem Redner mit der Faust. Abg. Stadtzhagen ruft andauernd: Verleumder, gemeiner elender Schuft!) Eine Bewerbung des Vizepräsidenten Kaempf hierzu bleibt unveröffentlicht.

Abg. Kreth (Kom.) schließt: Die Behörden sollten mit aller Rücksichtslosigkeit vorgehen, damit man sehe, daß mit solchen Strafhandlungen nichts zu machen sei. (Verbesserter Beifall rechts, Rufen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf v. Hompesch (B.) erklärt: Das Zentrum halte in Übereinstimmung mit der früheren Erklärung daran fest, daß im Staatswesen, worin das Grundrecht der allgemeinen Schule, Beweis- und Steuerpflicht zur Durchführung gelangt sei, auch das allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht verlangt werden müsse. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Bassermann (nl.) erklärt: Seine Partei halte nach wie vor an dem Reichstagwahlrecht fest. Was die Übertragung des Reichstagwahlrechts auf Preußen betrifft, so lehne er es ab, darüber zu debattieren und den preußischen geistigen Faktoren Vorwürfen zu machen, wie sie das Landtagswahlrecht gehalten sollten. Das sei preußische Bundespolitik. (Beifall) über die Haltung der preußischen Nationalliberalen werde demnächst ein preußischer Delegiertentag entscheiden. Württemberg habe sich bei der Wahlreform gegen eine preußische Einigung verwahrt, ebenso dürften sich jetzt die Süddeutschen nicht in die preußischen Abgelegenhkeiten einmischen. Für das Blutvergießen bei solchen Straftäufäulen seien die Käflinge verantwortlich. Daß die Polizei dabei nervös werde, sei ihr nicht zu verdauen. Ein Fortschritt in der Wahlrechtsreform werde nur erzielt, wenn die Arbeiter wieder treu zu Kaiser und Reich ständen. Dann würden ihre Forderungen besser vertreten werden, als wenn sie mit den Sozialdemokraten auf die Straße gingen. Die Maßnahmen der Polizei und die Konfiszierung des Militärs billige er. (Beifall.)

Abg. Träger (frz. B.) erklärt, das preußische Wahlrecht für mangelshaft, das Reichstagwahlrecht halte er gegenwärtig für das vollkommenste. Der Reichskanzler sei ein Meister der Rede, heute habe er sein verzöhnendes Blatt gebracht. Es müsse befremden, wenn der Reichskanzler das allgemeine Wahlrecht für Preußen als bedenklich ansiehe, daß im Deutschen Reich ihm erst in der letzten Wahl so gute Dienste geleistet habe. Er sei ein Gegner des bestehenden Wahlrechts, aber auch ein Gegner der Straßen-Demonstrationen, die nur dazu führen, die Einführung des allgemeinen Wahlrechts zu behindern. (Beifall links.)

Abg. Erdmann zu Hohenlohe-Langenburg (B.): Deutschland sei ein liberaler Staat. Dafür spreche die deutsche Geschichte und die Zusammensetzung des deutschen Volkes. Er halte es nicht für richtig, von Reichs wegen auf die wichtigsten Souveränitätsrechte der Einzelstaaten Einfluß zu versuchen. Ein Eingriff sei nur gerechtfertigt, wenn Gefahr im Verzug sei, das sei aber zurzeit nicht der Fall. Bei den Straßen-Demonstrationen besteht die Pflicht, die deutsche Vollversetzung bei der Ausübung des Mandats einzuschärfen. Wohl sämtliche Wahlvertreter seien darin solidarisch, daß sie sich nicht imponieren ließen durch den Strafzoll und Demonstrationen, die von der Rücksicht organisiert seien. Die Demonstrationen seien eine grobe Lethargie, ja Unrecht der Käflinge. Die Behörden hätten sich musterhaft benommen. Die ruhigen Elemente im Stile seien der Regierung von diesen Händen schuldig.

Abg. Kölle (Wirtz. Bsg.) erklärt: Die Interpellation mache den Eindruck eines verächtlichen und schlechten Karnevalsscherzes. Als Mitglied des Reichstags lehne er die Einmischung in die einzelfeindlichen Verhältnisse ab, und als Abgeordneter des preußischen Landtages verbittet er sich. Der Redner versucht dann weiter zu sprechen, wird jedoch unwohl und verläßt die Rednertribüne.

Abg. Schade (frz. Bsg.) erklärt: Wie sich die beiden Seelen beim Fürsten v. Bülow vertragen, wisse er nicht. Seine Partei setze bei dem Wahlrechtskampf ihr Ziel fort, unabhängig davon, ob die Sozialdemokratie das gleiche Ziel habe oder nicht. Die Regierung müsse sich überlegen, ob eine Änderung des Wahlrechts nicht zweckmäßig sei. Von Demonstrationen sei nichts zu erwarten.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (wirtz. Bsg.) teilt hieraus mit, daß der Abg. Kölle an einem Herzleiden erkrankt sei und nach Hause gefahren worden sei.

Abg. v. Payer (südd. B.) wünscht dem Abg. Kölle baldige Besserung. (Beifall) Er erklärt dann, große Erregung herrsehe in Süddeutschland darüber, daß das dortige Wahlrecht als nicht dem Staatswohl entsprechend bezeichnet worden sei. Als Württemberger gebe es ihm nichts an, was für ein Wahlrecht Preußen habe, wohl aber als Deutschen. Die Württemberger hätten mit ihrem Wahlrecht sehr gute Erfahrungen gemacht — Die Berannte der solcher Umgänge trügen die Bevölkerung für die Betroffenen. Ein großer Fehler sei es vom Reichskanzler gemacht, die geheime Stimmabgabe abzulehnen. Das Vertrauen zu ihm sei vielfach in das direkte Votum verwandelt. Seine Partei lehne es aber ab, in die Opposition zu treten, wovon sie sich selber befreien habe. (Rufen im Zentrum, Beifall bei der Mehrheit.) Sie werde aber die Erklärung des Reichskanzlers bei den künftigen Entscheidungen in die Wagschale werfen.

Abg. Kortanty (Wol.) erklärt, jeder, der gegen das Dreiklassenwahlrecht kämpfe, werde die Bolen an seiner Seite haben.

Abg. Bimmermann (frz. Bsg.) erklärt: Die Wahlrechtsreform werde durch die Demonstrationen schwer gefährdet. Für den sozialpolitischen Fortschritt, wie für die politische Entwicklung sei die Sozialdemokratie der schlimmste Feind. (Beifall.)

Abg. Wetterle (Büsser): Er gebe den Interpellanten das Rezept, häufig zuerst wegen der elbst-lörringschen Verhältnisse zu interpellieren. Dann müsse der Reichskanzler als zuständig im Reichstag antworten. (Heiterkeit.)

Nach einigen persönlichen Bemerkungen zwischen den Abg. Bölicher und Bölicher verläßt sich das Haus auf Donnerstag vormittag 1 Uhr. Schlußgesetz, Majestätsbeleidigung, Wachselpunkt, kleinste Vorlagen.

Die Kommission für den Entwurf eines Reichsvereinigungsrechts lehnte heute nach sehr erregter Verhandlung den § 1 der Regierungsvorlage, ebenso alle dazu gestellten Anträge ab mit Ausnahme eines Teiles des Antrags, welcher lautet: „Die Vereins- und Versammlungsfreiheit unterliegt nur denjenigen Beschränkungen, die durch dieses Gesetz vorgeschrieben und zugelassen sind.“

Die Budgetkommission setzt die Beratung des Militärstaates fort. Dabei spricht General Sigl v. Armin über die Bedeutung der Automobilfahrt für das Heer und kreist dabei die Frage der Subventionierung privater Automobilbetriebe. Er keltte eine Denkschrift für das nächste Jahr in Aussicht. Man bewilligte die von der Regierung geforderten Summen. Ferner wurde ein Antrag angenommen, der die Einführung von landwirtschaftlichen und gewerblichen Fortbildungskursen für freiwillige Teilnehmer aus den Monaten des zweiten Jahresgangs fordert. Der Kriegsminister erklärt, er habe einer solchen Ausbildung sympathisch gegenüber und sei in Erwägungen darüber mit dem Landwirtschaftsminister eingetreten.

Berlin, 28. Januar. Dem Reichstag ging folgende national-liberale Resolution zu, 1. den Reichskanzler zu erlauben, im Anschluß an den zu erwartenden Entwurf einer Strafprozeßordnung den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, durch den der Strafvollzug einheitlich für das ganze Reich geregelt wird; 2. den Reichskanzler zu erlauben, einen Gelehrtenkunst betreffend Strafrecht, Strafverfahren und Strafvollzug hinsichtlich der von jugendlichen Personen begangenen Straftaten vorzulegen.

Zur Justizkonvention.

Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus Berlin vom 22. d. M. telegraphiert: „Die Deutsche Justizindustrie“ war schon am 10. Januar in der Lage, den Wortlaut der am 19. Dezember 1907 mit Russland durch die Regierungen Deutschlands, Österreich-Ungarns, Belgien, Frankreich, Großbritanniens, Italiens, der Niederlande, Luxemburgs, Perus, Schwedens und der Schweiz geschlossenen Vereinbarung aus dortigen Quellen zu veröffentlichen. Der von der Deutschen Justizindustrie gegebene Text des Abkommens wird jedenfalls als zutreffend angesehen werden können. Wenn die deutsche Regierung sich bisher noch nicht dazu entschlossen hatte, die Vereinbarung zu veröffentlichen, so ist dies bekanntermassen dem Umstände zuzuschreiben, daß die deutsche Regierung zunächst noch ein Sonderabkommen mit Russland wegen der Einfuhr russischen Justizs zu treffen hatte. Dieses Abkommen liegt, wie wir erfahren, jetzt vor und wird mit der Brüsseler Vereinbarung zusammen rechtzeitig vor dem 1. Februar dem Reichstage zugehen. Das Abkommen mit Russland wird nach unseren Informationen den bisherigen Zustand aufrechterhalten. Es wird demnach der Strafzoll gegen russische Justizwaren weiter erhoben, was in Wirklichkeit die Verhinderung dieser Einfuhr bedeutet.

Gründung der Landesversammlung des Herzogtums Braunschweig.

Braunschweig, 22. Januar. Heute vormittag ½ 12 Uhr fand im herzoglichen Schlosse die feierliche Gründung der Landesversammlung des Herzogtums Braunschweig durch den Regenten statt. Die vom Herzog, Regenten dabei verlesene Thronrede gedenkt der regenstreichen Regierung des verstorbenen Regenten, Heinrich Albrecht von Preußen, und zollt dem Regentenhaus für die Erfüllung seiner Aufgabe warme Anerkennung. Sie kündigt als erste Aufgabe der Landesversammlung die Feststellung des Staats an und betont, daß einer zuverlässigen Aufstellung des Staats noch immer die Unfreiheit der Rückwirkung des Reichshaushaltsetats auf die Finanzwirtschaft der Einzelstaaten gegenüberstehe. Gleichwohl bietet der Staat ein günstigeres Bild als die der voraufgegangenen Perioden, da den zeitweiligen Ausfällen von Erringen aus dem Kalibergbau und dem unvermeidlichen Nachlassen der Ausgaben Nehteinnahmen gegenüberstanden, die nicht nur die ordentlichen Ausgaben deckten, sondern auch eine Erhöhung der Bezüge der den unteren Gehaltsstufen angehörenden Beamten gestatteten. Die Thronrede kündigt ferner Vorlagen an, betreffend Abänderung des Gewerbe- und Einkommensteuergesetzes, betreffend Neuordnung der Gebühren in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit und betreffend Vereinfachung der Anteilnahme des Staates an den Gemeindeschuldkassen und stellt Gesetzentwürfe betreffend Fortbildungsschulwesen und betreffend Änderung des Lehrbuches